

Wendigkeit Höhe erreicht und die Schwerefälligkeiten zu einem Umfang gesteigert, der die öffentliche Gesundheitsvorsorge aus schwerer Last und zu neuen Einschränkungen in der Fleischversorgung führen muß (Hört, hört bei den Unabh. Sozialdemokraten.) Selbst Interessenten, die vor dem nach Aufhebung der Zwangsversorgung rufen, sind vielfach von der Entwertung der Dinge betroffen, zumal ein mildes Aufstößen den kapitalstärkeren Verarbeitungsbetrieben die Rohstoffversorgung erschweren. (Sehr richtig bei den Unabh. Sozialdemokraten.) Allgemein ist der Ruf nach Abhilfe. Von Händlern und Arbeitern ist vorgeschlagen, Höchstpreise einzuführen. Anders hat die Kriegswirtschaft zur Genüge erwiesen, daß Höchstpreise ohne Bewirtschaftung wirkungslos bleiben. (Sehr richtig bei den Unabh. Sozialdemokraten.) Weiter wurde aus den Kreisen der Verbraucher die sofortige Wiedereinführung der Zwangsversorgung, Beschlagnahme und Grenzsperr für Banern vorgeschlagen. Einem solchen Vorgehen Bayerns stehen nicht allein sehr ernste rechtliche und politische Gründe entgegen. Die bloße Anordnung der Beschlagnahme ist naturgemäß wirkungslos: sonst hätten wir überhaupt keinen Schleichhandel. Die Durchführung der Beschlagnahme wäre außerordentlich schwierig, da jedermann weiß, welche Preise außerhalb Bayerns bezahlt werden.

Un einer anderen Stelle lag die Erklärung: Die bayerische Regierung hat ferner verlangt, daß gegenüber der gegenwärtigen Rechtsunsicherheit sofort einheitliche Richtlinien zur Bekämpfung wucherischer Preissteigerungen erlassen werden, wobei dem Weltmarktpreis selbstverständlich kein ausschlaggebender Einfluß zuzume. Sie verlangt ferner Beibehaltung der preissteigernden Besteuerungen.

Geehrte Verammlung! Wie haben sich nun die Dinge entwickelt? — Sofort nach Aufhebung der Zwangsversorgung, schon bei den ersten Haupttransaktionen, die am 19. August in Berlin stattfanden, stellten die Preise auf das Sichere die sich einstellende, nicht, wie der Herr Abgeordnete Hugo behauptet hat, auf das Preisniveau der Vorkriegszeit, und heute stehen sie sogar auf dem Höhepunkt des Höchstpreises, der vor Aufhebung der Zwangsversorgung galt. So stieg zum Beispiel unter der Zwangsversorgung das Pfund Grobweizenbrot 1,40 Mk. Bei der Preissteigerung am 19. August wurden in Berlin die Preise auf 10 Mark per Pfund getrieben. Bei der zweiten Preissteigerung am 21. August in Leipzig, bei der etwa die gleichen Preise erzielt wurden, erhoben Lederfabrikanten und Hausgüterhändler Einspruch gegen die Fortsetzung der Aktion, worauf der Aktionsausschuß die Preissteigerung abbrach. Was erlebten wir nun nach dem Abbruch der Preissteigerung? — Das ganze Geschäft ging freibändig in den Besitz der drei größten Lederfabrikanten Cornelius Hess in Worms, Dorr und Reinhard in Worms und Freudenberg in Weimern über, die den auf der Berliner Auktion erzielten Preis von 10 Mark bezahlt haben. Das heißt, das in den 24 Stunden drei Firmen übergegangen ist, beträgt nach nachveranschlagtem Urteil 15 Millionen Mark.

Dieses Geschäft wandert nun nach dem besetzten Gebiet und von da ins Ausland. Unter der Zwangsversorgung konnten wir es hindern, daß nicht auf diesem Wege reichlich reichliches Geschäft in das westdeutsche Gebiet wandern konnte. Soweit allerdings der Schleichhandel in Frage kam, konnte man das nicht hindern; aber wir konnten doch verhindern, daß solche Mengen in das besetzte Gebiet abwanderten. Das hat jetzt aufgehört, und die Folge davon ist, daß das aus diesem Geschäft hergestellte Leder nicht im Ausland verarbeitet, sondern nach dem Ausland abgeführt wird. So, es heißt sogar die größte Befürchtung, daß bei dem Stande unserer Valuta, weil hier zwar der höchste Preis gezahlt werden kann, nach ein in hoher Bedenken heraufkommt, wenn die Rohhaut nach dem Ausland ausgeführt wird.

Die dritte Auktion, die am 27. in Hamburg stattfand, erzielte etwa die gleichen Preise wie in Berlin. Auf der folgenden Auktion in Frankfurt a. M. wurde das Pfund Leder mit 1 bis 2 Mark höher erzielt, als es in Berlin der Fall war, so daß heute die Preise für Rohhäute das 8- bis 14-fache der früheren Höchstpreise betragen. Die Preissteigerung in Nürnberg, die am 4. September stattfand, wurde — nachdem einige Tage gestillt waren — durch das Kriegswunderamt verhindert. Der Freistaat Oldenburg hat ebenfalls die Schleichhandlungen verboten. Württemberg geht für sein Gebiet wieder die Zwangsversorgung ein, führt, konnte sie aber nicht aufrecht erhalten. Es hat auch die Haupttransaktionen verboten, und der freibändige Verkauf geht eben die Preise, wie sie in Berlin und in anderen Orten bei den Auktionen erzielt worden sind. Nun muß man fragen: was soll das Leder kosten, das aus diesen Häuten hergestell wird? Das Leder, das aus diesen Häuten mit diesen hohen Preisen hergestell wird, wird etwa 70 Mark das Stück kosten, also noch beizulebend mehr als die heutigen hohen Preise.

Aber nicht nur die Rohhaut, auch das Leder hat in dem Augenblick, wo die Zwangsversorgung aufgehoben wurde, eine ganz enorme Preissteigerung erfahren. Bei Besondere macht die Preissteigerung 200 bis 300, bei Oberleder bis zu 500 Prozent aus. Die Folge ist eine ungeheure Wertverminderung des Schuhwerks. Unter der Zwangsversorgung betrug der Höchstpreis für das Ober- und Bodenleder für ein Paar neuer Stiefel 15 bis 17 Mark für die Stiefel und 17 bis 20 Mark für das Handwerk. Heute kostet das Ober- und Bodenleder für ein Paar Stiefel bis 100 Mark (Hört, hört bei den Unabh. Sozialdemokraten.) Das ist das Resultat der freien Wirtschaft. Das Reinleder, Crampone, was es der Schuhmacher für Reparaturarbeiten liefert, kostet im Frieden pro Fuß etwa 5 Mark. Der

jetztgelebte Höchstpreis betrug 17,50 Mk. Sofort nach Aufhebung der Zwangsversorgung stieg der Preis auf 50 bis 60 Mark hinauf. (Hört, hört bei den Unabh. Sozialdemokraten.) Heute beträgt er schon bis zu 75 Mark, die verlangt und auch bezahlt werden. Ihn schon der Höchstpreis jetzt 240 Prozent über dem Friedenspreis, so betrug die Preissteigerung gegenüber dem Friedenspreis etwa 1400 Prozent (Hört, hört bei den Unabh. Sozialdemokraten) und gegen den Höchstpreis 330 Prozent. Infolge dieser geradezu ungeheuerlichen Preissteigerung sollen heute ein Paar Herrenstiefel und Absatz 20 bis 22 Mark, Knaben- oder Mädchenstiefel im Alter von 6 bis 8 Jahren zu bezahlen 18 bis 21 Mark. Ich möchte fragen: wie soll ein Arbeiter, ein Angestellter, ein Beamter der Kommunalverwaltung oder des Staates in der Lage sein, diesen Winter für seine Kinder die Stiefel bezahlen zu lassen? (Sehr gut bei den Unabh. Sozialdemokraten.) Sie können sich wohl denken, was aus solchen Zuständen erwachen wird. Ich komme in einem anderen Zusammenhang darauf zurück.

Aber noch eine Frage, die auch von außerordentlicher Bedeutung ist! Professor Pulpius von der orthopädischen und chirurgischen Klinik und Poliklinik in Heidelberg hat einen Notzettel in das Band gesteckt, weil jetzt die Personen mit verdrängten Füßen überhaupt nicht mehr in der Lage sind, die Preise für Schuhwerk aufzubringen; denn orthopädisches Schuhwerk stand ja schon früher infolge der Schwierigkeit der Arbeit außerordentlich hoch im Preise! Bei den heutigen Preisen, zumal man auch erheblich mehr Leder für orthopädisches Schuhwerk braucht als bei jedem für normale Füße, so daß das Leder vielleicht allein schon 100 oder 150 Mark kostet, und bei der Arbeit, die notwendig ist, kommt ein solches Paar Stiefel auf 400, 500, 600 Mark! Hier besteht die außerordentliche Gefahr, daß die Kranke sich erheblich verarmen, und damit die weitere Gefahr, daß die Kränksten sich entweder verarmen oder zum großen Teil ihrer Beschäftigung nicht mehr nachgehen können. (Sehr richtig bei den Unabh. Sozialdemokraten.)

Wird weidern Recht — so muß gefragt werden — haben die Lederfabrikanten und Händler für das Leder, welches nach aus Häuten zu billigen Preisen hergestellt wurde, diese unannehmliehen Preise verlangt? Wenn man behauptet, daß der Getreidepreis bis zu 12 oder mehr Monate dauert, kann man ein essen, welche riesenhafte Gewinne allein die Händler einheimeln. (Sehr richtig bei den Unabh. Sozialdemokraten.) Diese Gewinne gehen in die Hände von Millionen Mann Schuhfabrikanten große Lederlager hatten, was zum Teil gleichfalls der Fall war, dann ist es selbstverständlich, daß auch die Schuhfabrikanten außerordentliche Gewinne erzielen.

So, geehrte Verammlung, steht der Segen der freien Wirtschaft aus: für Industrie und Handel allerdings ein großer Segen, für das Volk aber eine Verwüstung, denn die der höchste Profit erlangen werden muß (sehr richtig bei den Unabh. Sozialdemokraten), um so mehr, als der gerade der ärmere Teil des Volkes schwer zu leiden hat, vor allem auch die unteren Beamten und der Mittelstand.

Zum Weltmarktpreis möchte ich auch einige Worte verlieren:

Die Industrie, der Handel, die Vertreter aus Industrie und Handel verlangen Annullation an den Weltmarktpreis. Wenn aber die Arbeiter kommen und sagen: wir verlangen höhere Löhne, dann heißt es: dann geht die Industrie zugrunde, wie sollen wir denn auf dem Weltmarkt konkurrieren, wenn die Arbeiter zu hohe Löhne verlangen! Ja, wenn wir auf der einen Seite unsere Produkte dem Weltmarktpreis anpassen wollen, der sich infolge unserer letzten Valuta für uns ungünstiger gestaltet als für das Ausland, dann müssen wir auch dafür sorgen, daß die Verbredner, insbesondere die Arbeiter und Anzeigenden und nicht zuletzt der kleine Mittelstand, auch solche Entkommen haben, daß sie die hohen Preise bezahlen können. (Sehr richtig bei den Unabh. Sozialdemokraten.) Die Annullation an den Weltmarktpreis darf nicht nur für die Industrie und Handel gelten, sondern muß ebenfalls für den Arbeiter gelten.

Ich war vor kurzem im Ausland, in der Schweiz. Der Schweizer Arbeiter verdient in Franken nicht viel weniger als der deutsche Arbeiter in Mark, er wohnt in Franken den vierten oder fünften Teil des Preises, den der deutsche Arbeiter zahlen muß, und der deutsche Arbeiter zahlt in Mark fünfmal soviel, wie der Schweizer Arbeiter in Franken bezahlt. Also lo geben die Dinge nicht. Sie dürfen überzeugt sein, daß diese schwindelhaften und phantastischen Lederpreise dazu führen müssen, daß die Arbeiter mit neuen Forderungen kommen, und die Folgen werden neue Streiks u. s. w. sein. Dann fragen Sie wieder: wie soll das enden? Wenn irgend jemand unter deutsches Volksschicksalen gestört, dann, meine Herren, sind Sie es (nach rechts), die fortwährend für die Aufhebung der Zwangsversorgung eintraten und dadurch die ungeheuren phantastischen Preise bewirkten. (Sehr richtig bei den Unabh. Sozialdemokraten.)

Es wurde nun insbesondere von Herrn Dr. Hugo gefordert, daß größere Arbeitslosigkeit dadurch gelöst werden würde. Das ist nicht richtig! Nur die Befreiung von Leder haben geschafft. Früher hat auch unter der Zwangsversorgung der kleine Fabrikant Leder zugeworfen bekommen, er konnte arbeiten, heute stehen es die Großfabrikanten an sich. Ich bekomme täglich Zuschriften von Fabrikanten, in denen es heißt, daß sie genötigt sind, ihre Betriebe stillzulegen (Hört, hört bei den Unabh. Sozialdemokraten), weil sie nicht in der Lage sind, die ungeheuren Preise für Leder anzuzahlen, denn dazu müßten sie ein Stück bis schief bis zu hohen Preisen bezahlen als früher haben. Genau so geht es dem kleinen Schuhwerkfabrikanten, der auch nicht die Mittel auf-

bringen kann, die hohen Preise anzuzahlen und sich ein solches Lager zu halten.

Aber nicht nur, daß wir jetzt die außerordentlich hohen Preise haben, es besteht auch die außerordentlich hohe Gefahr, und sie ist schon vorhanden, daß das bisherige deutsche Geschäft und das Leder, welches aus deutschem Geschäft gestellt wird, ins Ausland abwandert. Möglich ist ein Konkurs, ansehend der Automobilbranche angehörend, den „Münchener Neuesten Nachrichten“ einen Artikel veröffentlicht, in dem folgendes stand. Ein Automobil in einer bestimmten Größe und Qualität kostete in Deutschland 40 000 Mark, dasselbe Automobil in Schweden 30 000 Mk. Diese beiden Ziffern sagen zunächst einmal, daß Schweden und Arbeitslöhne in allen Ländern um ungefähr 25 bis 30 Prozent niedriger liegen; denn das ist ungefähr die Kursdifferenz beziehungsweise der Wert des Geldes in Schweden und in Deutschland gewesen. Wenn aber das Schwedische Automobil in Deutschland gekauft, dann zahlt man damals 8000 Kronen, jetzt zahlt er vielleicht nur 3000 Kronen bei dem jetzigen Stande unserer Valuta; denn das war damals, als unsere Valuta noch viel höher stand als heute. Der Fabrikant hat offen ausgesprochen, daß durch den schlechten Stand unserer Valuta die Ostsee bestreift, das Deutschland von allen Verbrauchsgegenständen vertrieben entblüht wird, weil so das Ausland gar nicht Besseres zu kann, als in Deutschland einzukaufen. (Sehr richtig bei den Unabh. Sozialdemokraten.) Das ist aber der Zustand, den Herr Hugo als besonders bedauerlich im Hinblick auf die großhändler herbeiführen will (Hört, hört bei den Unabh. Sozialdemokraten), nämlich die Freilicht, auszuführen, was es nur geht, weil da der Weigen der Händler und Fabrikanten am besten blüht! (Sehr wahr bei den Unabh. Sozialdemokraten.) Das deutsche Volk kann sehen, wo die Gefahr liegt! Wir haben ja heute schon Ausuhren in großen Mengen zu vergleichen. Kürzlich ist eine Kette durch die Preise gegangen, daß heutiges Leder in London aufgeführt ist. Dieses Leder war hierzuland noch nicht aus Häuten hergestellt, die aus dem Ausland eingeführt sind. Es war mir auch mitgeteilt, daß fortwährend große Mengen Leder über die Grenze geschickt werden. Der Herr Abgeordnete Schmidt hat heute ausgeführt, daß das auf ganz legale Weise geschieht, daß die Ausfuhrerlaubnis erteilt wird, zumal insofern als für die Einfuhr von Rohhäuten 75 Prozent Leder ausgeführt werden dürfen. Geehrte Verammlung, ich frage mich: wie kann eine Regierung unter gegenwärtigen Verhältnissen gefahren, daß auf die Einfuhr von Leder hin oder auch auf die Einfuhr von Leder hin, was eingeleitet wird, sofort das fertige Leder auszuführen ist. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Das ist ja auch nicht gemacht!) Ja, wohl, das wird gemacht, das Leder, das ausgeführt werden ist, ist nicht aus deutschem Geschäft hergestellt worden; es ist ausgeführt, was das der Fall ist, weil ja hieraus noch gar kein Leder erzeugt werden konnte. (Sehr richtig bei den Unabh. Sozialdemokraten.) — Zurufe von den Sozialdemokraten: Bitte sehr aber das dauert ja, wenn die Preise innerhalb eines Monats, bis daraus Leder hergestell werden kann. (Erneute Zurufe von den Sozialdemokraten.) Da es aber doch ein Minus. Wir haben doch (soweit nicht anders Leder. Wenn wir heute noch 75 Prozent ausführen lassen und die 25 Prozent erst in Monaten für uns bereit kommen, dann bekommen wir einen Zustand, der notwendig zu dem vollständigen Zusammenbrechen und der Wirtschaft führen muß. Ich meine, es könnte höchstens statt werden, daß aus dem Geschäft, welches eingeführt wird, nachdem es verarbeitet worden ist, wieder 75 Prozent ausgeführt werden dürfen. Unter keinen Umständen aber deutsches Geschäft für die Einfuhr verwendet werden.

Nun wird der Regierung zum Vorwurf gemacht, daß sie keine Annullation festgelegt habe, und es wird behauptet, daß sie insbesondere selbst die Schuld an dem abnormen Preis stellen trage. Geehrte Verammlung! Diese Forderung erheben die höchsten Preise, die früher immer behauptet wurden, daß die Zwangsversorgung nicht so gar nicht, weil ich meine, um der Höchstpreise für Leder, weil alles in Schicksal geht. Diese Preise kommen jetzt und lauten: Ja, wieviel höher ist die Höchstpreise festgesetzt, dann hätten wir die Preise nicht! Geehrte Verammlung! Dahinter stehen andere Motive. Herr Kollege Hugo, dahinter steht die Forderung, daß die Regierung das Odium für die Preissteigerung auf sich zu nehmen und die Industrie sich davon zu erlösen und sagen wollte: die Preise sind uns ja von der Regierung preiszuliegen. Ich kann es der Regierung nicht verdenken, daß sie es abgelehnt hat, in diesen Umständen, den man ihr gestellt hat, sich hineinzuwerfen. Sie hätten die Regierung sicher davon aufbewahrt.

Nun laute der Herr Abgeordnete Hugo anerkennen, daß die Vorausegung über die Aufhebung der Preise, die er in der Diskussion in Weimar gemacht hätte, ein getroffen ist. Abgeordneter Hugo, ich habe vor mir das Protokoll der „Lederindustrie“ Nr. 21, und ich finde ich einen sehr lauten Beitrag des Herrn Abgeordneten Hugo, den er gelegentlich der Herbsttagung zu Leipzig vor den Großhändlern gehalten hat. Da man es etwas anders, Herr Abgeordneter Hugo! Dort haben Sie erkannt:

„Wenn man nun die Verhältnisse auf dem Weltmarktpreis für Aufhebung der Zwangsversorgung betrachtet, wird man ebenfalls auch als Anhänger der freien Wirtschaft sagen, daß die einseitige Überbewertung nicht erfindlich ist. Die Preissteigerung vollzieht sich nicht erst dem Sinne, wie mir das vorausgesetzt haben, und aus mannigfachen Gründen.“

Also dort haben Sie nicht erklärt, daß Ihre Bewertung ein getroffen ist, sondern dort haben Sie erklärt, daß Preissteigerung in anderer Weise vor sich gegangen ist. Sie vorausgesetzt hätten.

widgewordenen fächlichen Zünftler.

Die fächlichen Zünftler sind eine eigene Spezies. Als solche leben sie, daß auch die neue Zeit des Kapitalismus an ihren Untergang führt, und da sie vom Kapitalismus erfüllt bedroht, aber nicht untergehen wollen, versuchen sie in System und weitem in ihrer Lebensform alle Reformen, die die Neuzeit gebornen. Der Innungsverband hat eine Rundgebung erlassen, in der nachweist, daß das Handwerk durch den Krieg und die wirtschaftlichen Zusammenbruch am schwersten gelitten. Das Handwerk gewisser Beziehung nicht bestritten werden, aber sind die Herren Innungsverbanden daran so ganz unqualig? Sie sind nicht aus Kriegsbegeisterung und der Durchdringung mit der Wirtschaft? Die Folgen sind allerwärts. Jetzt werden sie der Regierung und den Sozialisten der Reichskammer Mangel an Verständnis der Verhältnisse vor. Jetzt verlangen sie auf Grund der neuen Verfassung § 104, daß die Regierung die Pflicht habe, die fächlichen Mittelstand und in Landwirtschaft, Gewerbe und Handel, in Gesetzgebung und Verwaltung zu fördern und gegen Überlastung und gegen Auslösung zu schützen. — Mit diesen Grundgedanken stehen noch ihrer Reichsregierung getroffenen haben und nach zu treffen geber in fächlichen Widerspruch. — Daher protestiert Innungsverband einmütig die fächliche Stellung des fächlichen Mittelstandes für das gesamte Handwerk, da er nur in der Großindustrie überführbar ist:

Das könnte den Innungsherren so passen, daß ihnen die Arbeiter trodnen müßten, damit sie ihre arbeitslose Mehrheit auf Kosten der Arbeiter fächlichen könnten. Die Sozialreformexperimente gegenüber dem Handwerk, die niemals die beabsichtigte Verbilligung der Produktion herbeiführen werden:

Diese unzulässige Anleihe. Es fällt der Regierung gar nicht ein, zu sozialisieren, gekochte bei den Handwerkern. Dieser Protest kämpft gegen Kapitalisten. Erstere werden und drängen die Arbeiter zur Sozialisierung, und diese lassen durch das Gesetz der Zünftler nicht irretieren!

Die Durchführung der Grundzüge der „gebundenen Handwerkschaft“, die den Innungsverbanden bedeuten würde; die Einführung des Räte-systems im Handwerk, das sich für sich nicht eignen würde;

Der Protest gegen das Räte-system ist lächerlich, wenn man denkt daran, einem Meister mit einem oder zwei Gesellen einen Betriebsrat aufzubringen!

Alle Behauptungen, die eigenartig, durch die Geschichte der Entwicklung begründete Stellung des Handwerks den Mittelstandes zu bezeichnen und es verordnungsmäßig noch denselben Grundgesetzen wie die Industrie zu behandeln;

Die Verträge, die in der Gesetzgebung das Handwerk entgegen der Vorschriften der Gewerbeordnung erlassene Änderungen vorzunehmen oder gar die Gewerbeordnung unter Kontrolle der Arbeiternehmer zu stellen.

Der letzte Protest ist schon beschämlicher. Die Arbeiter werden nicht mehr ruhig zusehen, wie die Behörde ausgenutzt werden, ohne sich wehren zu können. In der Zukunft das Belegschafts-gesetz des Protesses, Schluß lautet:

Das Handwerk ist kein einheitliches, den Kampf um die Beherrschung mit dem höchsten Mittelstufen *) auszuweisen, es ist sich selbständig und wird selbst nicht vor sich (I) und Entlassung fächlicher Behörde zurückzuführen, wenn unter Rechtsbruch die Rechte oder Beherrschung verfallen würde, dem Handwerk weiterhin die Maßnahmen der gewählten Art seinen Widerstand und keine geschäftliche Weiterentwicklung zu erlauben.

Diese Drangsal dürfte den Regierenden vorüberige Rechte geben, denn wenn die Zünftler wild werden und mit der Heilbarkeit losgehen, gibt's ein Unglück.

Arbeiterverbesserungen im Schuhmacherverband Groß-Stuttgart

Die wachsenden Schwierigkeiten im Schuhbetriebe zu sehen ist, zeigen die Tarifverhandlungen mit dem Innungsverband Groß-Stuttgart.

Am 2. August erließen die fächlichen Lohnforderungen ein, in Höhe von 20 Proz. für Zeitlöhne, 30 Proz. für Monatslöhne, Entschädigung für Wertung 2 Proz. des verdienten Wochenlohnes, sowie Verwertung eines Monatsurlaubes. Durch bernächtig geführte Unterhandlungen, wo sich die Innungsverbande alle die rächlichen Schuhmacher zeigten, mußte, um einigermassen den geltenden Forderungen Geltung zu verschaffen, der förmliche Verhandlungsausschuss angetrieben werden, welcher am 14. August nachstehenden Schiedspruch erließ:

1. In der Tarifverhandlung im Schuhmacherverband Groß-Stuttgart hat der Schiedsausschuss Stuttgart Grund öffentlich Verhandlung am Dienstag, den 10. Oktober 1919 nachstehenden Schiedspruch abgeben: 1. Die in der freien Schuhmacherverbandung Stuttgart, dem Verein selbständiger Schuhmachermeister Stuttgart und der freien Gewerkschaft für das Schuh-

macherverband Groß-Stuttgart vereinigte Arbeitgeber gewährt den bei ihnen beschäftigten Arbeitern mit Wirkung vom 15. September 1919 auf die im Lohn- und Arbeitsvertrag für das Schuhmacherverband Groß-Stuttgart, vom 1. April 1919 festgesetzten Stundenlohn von 1,30, 1,50 und 1,80 Mk. einen Teuerungszuschlag von 10 Proz.

2. Die Arbeiter erhalten einen bezahlten Urlaub von folgender Dauer: Nach einer ununterbrochenen Beschäftigungszeit von

1 Jahr	2 Werktage
2 Jahren	3
3	4
4	5
5	6
6	und mehr 6

Krankheiten und militärische Dienstleistungen werden in die Beschäftigungszeit eingerechnet.

3. Die Parteien haben die Entlassung, ob sie sich dem Schiedspruch unterwerfen, bis spätestens Montag, den 21. Oktober 1919, dem Vorsitzenden des Schiedsausschusses gegenüber, schriftlich abzugeben.

II. Im Hinblick an vorhergehenden Schiedspruch ist den Parteien weiter folgender Vorschlag einer Vereinbarung gemacht worden.

1. Mit Wirkung vom 15. Dezember 1919 wird auf die im Lohn- und Arbeitsvertrag für das Schuhmacherverband Groß-Stuttgart vom 1. April 1919 festgesetzten Stundenlohn von 1,30, 1,50 und 1,80 Mk. ein weiterer Teuerungszuschlag von 10 Proz. gewährt.

2. Die Parteien haben bis spätestens Dienstag, den 21. Oktober 1919 dem Vorsitzenden des Schiedsausschusses gegenüber, mündlich oder schriftlich mitzuteilen, ob sie diesem Vorschlag zustimmen.

Zur Beurkundung. Unterschrift.

In der Erhöhung der Arbeitskräfte wurde eine Einigung erzielt, daß ebenfalls am 15. September die Städtische für genetzte Arbeit um 10 Proz. erhöht werden.

Die gleiche Erhöhung soll mit dem 15. Dezember wiederum in Kraft treten.

Das Einstufensystem in unserem Tarif ist dem Meister ein Dorn im Auge und wurde mit allen Mitteln versucht, je 2 Klassen einzuführen, sogar mit höherer prozentualer Vergütung für erstklassige Arbeiter.

Das ganze Wertung wird vom Arbeitgeber gestellt. In welcher Gewerkschaften, die Herren waren, sei an einigen Ausdrücken festgehalten:

„Der verfluchte 8 Stunden Tag“, „arbeitet länger, dann verdient ihr auch mehr.“ Oder „Urlaub, ihr habt ja Urlaub vom Sonnabend Mittag bis Montag früh.“ Wir Meister haben ja auch keinen Urlaub. „Zuerst kommen wir Meister, wir müssen auch arbeiten von früh bis nachts, arbeitet auch so lange, dann verdient ihr auch mehr.“ Das Handwerk geht bei solchen Lohnforderungen zu Grunde.“

Dabei wollen wir feststellen, daß ein Arbeiter für ein Arbeiter für ein Paar Herrenhänden an Arbeitelohn nur 22 Mk. erhält, dagegen aber der Meister nach der Preisverhandlungstabelle von November 1919 für seine Arbeiter, wie Regenschirmen, Wasserstrahlmaschinen, Leistenreihen, Oberlebensmittel und Bodenleber zurechnen, sowie Geschichtskosten und Verdienst 63, 45 Mk. pro Paar berechnet.

Dabei soll das Handwerk bei einer Lohnforderung von 20 Proz. an Arbeitelohn zu Grunde gehen! Diese soziale Rücksichtlosigkeit der Arbeitgeber schlägt völlig ins Kraut und die Schuhmacherer wird getrieben von jedem unternehmungslustigen Bösen als „meltenes Rind“ benützt.

Die Schuhmacherverhältnisse scheinen wie Pilze aus dem Boden heraus. Es ist ein Geschäft darauf zu machen.

Arbeiter, Augen auf!

Für manchem unter der Arbeiterschaft hat es etwas Befremdendes, daß heute manche Forderung leichter bewilligt wird, als in früheren Zeiten oft recht hart gekämpft werden mußte. Man hält ein neues Zeitalter für gekommen, in welchem die Unternehmer mehr für die Arbeiter übrig hätten und letztere nicht mehr so auf dem Posten zu sein brauchen.

Das ist ein schwerer Irrtum. Wenn heute wirklich die und da das Unternehmertum sich nachgiebiger gezeigt haben mag, so hat das darin seinen Grund, daß auf einen Monat die Kampfbedingungen sich zugunsten der schaffenden Arbeit verlohren haben.

Die Entwertung des Geldes hat es fertig gebracht, ganze Bevölkerungsschichten aufzurütteln, die in ihrer Haltung näher zum Unternehmertum, als zu den Arbeitern gehörend haben. Die Gewinners und die kaufmännischen Angehörigen müssen höhere Löhne fordern, weil sie zum Teil jetzt gerade so schlecht gestellt sind, als das Gros der Arbeiter. Die Einkommen sind jetzt gewerkschaftlich organisiert, weil ihnen der Staat nicht freiwillig die Arbeitsbedingungen entsprechen. Ja, selbst die Stützen der Ordnung, die Polizei und die Soldaten und die Staatsbeamten und die Beamten der Städte wurden rebellisch und verlangten mit Recht den verneinten Lebensunterhalt entsprechend bezahlt zu werden.

So hat sich jetzt alles, was schafft, auf eine Linie zusammengelassen, im Kampfe um Verbesserungen und das ist der Grund, weshalb der Kapitalismus in manchen Städten kein begeben mußte.

Wie war es aber früher? Der Einkommen hielten sich zusammen und schickten mit dem Meister ab. Der Kapitalismus

und Betriebsgefelle sind näher zum Unternehmertum als zum Arbeiter. Zu Hunderten brachten dem Unternehmertum Arbeitslosige zu als billige Konkurrenz gegen die in Arbeit stehenden. Alle schaffenden Kräfte waren unter sich zerstückelt und nach dem Grundgesetz: Teile und herrsche! hatte das Unternehmertum leichtes Spiel. Denn, wenn auch die heutige Arbeitseinstellung vor nicht noch genügend ist, so hält sie doch die Arbeiter ab, sich um jeden Preis anzubieten!

Wird aber die günstige Kampfsituation der schaffenden Klasse einen Dauerzustand bilden? Man gebe sich keinen Illusionen hin.

Wer offene Augen hat, der sieht, daß im Gezeiten Kräfte tätig sind, die die Einseitigkeit der Arbeitenden zu unterterminieren suchen. Der Kapitalismus arbeitet mit Hochdruck, seine alte Position, wenigstens zum Teil Stück um Stück wieder zu erobern.

Die Staats- und Gemeindebeamten werden durch Beschlagnahmen, Pensionserhöhung und dergleichen Maßnahmen wieder „moralisch“ rückwärts gedrückt; die kapitalistischen Stimmen mehren sich, die die heutige Erwerbslosigkeitsfrage durch ein Surrogat ersetzen und dadurch die Arbeitslosen wieder zur Lohnbrud-Truppe machen wollen. Eine sogenannte „technische Revolution“ hat sich hier und dort gebildet, die den Arbeitern bei politischen Streiks in den Rücken fallen soll. Das Wort „politische Streiks“ ist doch wohl nur das Feigenblatt, womit dieser organisierte Streik in jedem Falle benannt werden kann. Denn man kann sich denken, welche Streiks diese Revolte nicht als zu „politischen“ humpeln wird.

Also Gefahr ist überall und der Kapitalismus ist am Werk, die raffiniertesten Methoden auszufinden, um die Macht der arbeitenden Klassen kläufelich zu machen. Darum läßt sich erkennen, wie wichtig es ist, anzunehmen, daß die alten Kampforganisationen nicht mehr die alte Bedeutung zukommen. Was die politischen Parteien für die nächste Zukunft versprechen können ist zum mindesten ungenügend. Auf die Hilfe des Staates zu bauen ist auch bedenklich. Es bleibt das letzte übrig, daß wir auf die eigene Kraft gestellt sein müssen, und das ist die gewerkschaftliche Organisation. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß wir den politischen Kampf in die Ecke stellen sollen.

Über die Gewerkschaft ist die Kraftprobe, die uns zu Erfolgen führt, wenn auf anderem Gebiet eine Pause zu verzeichnen ist. Das Erfahren des Kapitalismus muß auf der anderen Seite durch Festigung der gewerkschaftlichen Organisationen ausgeglichen werden.

Zehntausende neuer Kämpfer sind in den letzten Monaten den Gewerkschaften zugeströmt. Den letzten Mann heranzuziehen, sie alle zu bauernden, einschließlichen Kämpfern zu erziehen, das ist jetzt die Aufgabe der Zeit. Denn werden auch die Bestrebungen und neuen Kampfmittel des kapitalistischen Systems wirkungslos bleiben, Darum Arbeiter, Augen auf!

Aus unserem Beruf.

Bücher und Arbeitsmittel im Lebergeschäft. Der der Strafkammer in Dresden hatten sich der Ingenieur Jöblich, Werkmeister Kemmer und Schuhmacher Glöser zu veranlassen, weil sie übermäßige Preissteigerung, Leberhandel mit Leder und Behälter, ersterer in 11, Kemmer in 10 und Glöser in 4 Fällen vorgenommen hatten. Glöser wurde zu 7 Monaten Gefängnis, von denen 6 als vorläufig gefast, Jöblich zu 12 Monaten, von denen 2200 Mark durch die Untersuchungsbehörde als gefast gefast, Kemmer zu 6500 Mark Strafe, von denen 7050 Mark als gefast gefast, verurteilt. Von Jöblich und Kemmer werden je 12 000 Mark und von Glöser 6285 Mark Lebergewinn für die Staatskasse eingezogen. Sie haben große Posten Silberleder an Schuhmacher nach Dresden verschoben. Das Leder kamme aus der sächsischen Jöblich'schen Fabrik und aus dem Artillerie-Depot und sollte zu Tornieren und Patronenleibern verwendet werden.

Erzbergers Schuld am Leberhandel. Aus einer Schuhmacher-Dauersammlung des Jülicher Bezirks kam zur Sprache, daß Erzberger im August 200 000 Jülicher Silberleder an Belgien und England verkauft ließ. Jedem Meister sind dadurch fast 1 Jülicher Silberleder — bei 220 000 selbständigen Schuhmachern in Deutschland — entzogen worden und zwar in einer Zeit, wo das Leder halb so billig als heute war.

Ein Gesandter über die Leberverfolgung von Prof. Dr. Geh. Regierungsrat Dr. J. Wolf befragt über die Ursachen der Leberung und Ursachen eines Abbaues der Preise: Der heutige Mangel liegt an der Schwierigkeit des Abtransportes der in den Produktionsländern angehäuften Absatzvorräte. In China, Afrika, Indien, Brasilien gibt es genug Häute, und sobald der Oceanweg wieder gangbar gemacht sein wird, werden die Preise wieder sinken.

Reichsstelle für Leberverfolgung. Freie der Arbeiterverbesserungsstelle. Die Preise für Silberleder, Leberverfolgungsmaterial, Halbfabrikate usw. werden aufgehoben. Preislisten kommen nicht mehr zur Veröffentlichung. Die Preise werden nach Prüfung der Unterlagen festgestellt.

Ueberwachungsanstalt der Schuhindustrie. Die Beschlagnahme an Rohstoffen, halbfertigen und fertigen Erzeugnissen, sowie der Rohstoffkontrollen wird aufgehoben. Die Vorschriften des Ueberwachungsanstalt der Schuhindustrie über die Art der Herstellung von Schuhwaren werden aufgehoben. Nur die vor 20. August 1919 hergestellten Schuhwaren-Kaufpreispapieren.

Schuhwaren-Herstellung und Vertrieb. Gewerkschaft Berlin. Alle Personen, welche nach an vorstehende Gewerkschaft Kaufpreise haben, haben bis 1. November entgegen zu stellen.

*) Das ist nicht ein Hauptmerkmal

